

Was würde der Reformationstag als zusätzlicher Feiertag kosten?

Gerechtigkeit zahlt sich aus

Der Reformationstag war 2017 bundesweit einmalig ein gesetzlicher Feiertag. Neben dem neu geweckten Bewusstsein für das Erbe Luthers entdeckten die Nordländer eine Feiertagsungerechtigkeit: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Berlin kommen nur auf neun Feiertage, während Baden-Württemberg, das Saarland und Brandenburg zwölf und ein Großteil Bayerns 13 Feiertage genießen dürfen. Nimmt man Augsburg mit dem Friedensfest dazu, so gibt es eine „Gerechtigkeitslücke“ von bis zu fünf freien Arbeitstagen in Deutschland.



VON DIRK MEYER

»Aufholeffekte reduzieren die rechtlichen Wohlstandsverluste teils erheblich.«

Während die SPD mit der geringen Feiertagszahl argumentiert, unterstützt die CDU landeskirchliche Forderungen. Als gesetzlichen Feiertag gab es den Reformationstag bis 1967 auf dem Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen. 1990 wieder reaktiviert, kam auch Sachsen-Anhalt hinzu. In Niedersachsen wurde 2017 die Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages im rot-schwarzen Koalitionsvertrag vereinbart, in Hamburg stimmte der Verfassungsausschuss zu. „In ökumenischer Offenheit und unter Beteiligung anderer Religionen gedacht“ (Brief der Evangelischen Kirche an Spitzenpolitiker) stößt der Reformationstag durchaus auf politisch positive Resonanz.

Beruf kommt von Berufung. Arbeit ist Dienst an Gott: Im Lutherischen Sinne könnte ein arbeitsfreier Feiertag auf Nachdenklichkeiten stoßen, denn „Gott will keine faulen

Müßiggänger haben, sondern man soll treulich und fleißig arbeiten, ein jeglicher nach seinem Beruf und Amt, so will er den Segen und das Gedeihen dazu geben“ (Martin Luther).

Von daher ist es nur gerechtfertigt, die Wohlstandsverluste eines arbeitsfreien Reformationstages gegenüberzustellen. Rein rechnerisch resultiert bei jährlich 250 Arbeitstagen ein Rückgang von 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In einer Studie auf der Grundlage von Daten der Bundesbank läßt sich ein Rückgang von nur 0,12 Prozent errechnen. So kommt es bei unabwehrbarer Bedarfsdeckung und kontinuierlicher Produktion sowie bei Aufgaben mit vorgegebenem Arbeitsanfall (Notfalldienste, Infrastruktur/Versorgung/Entsorgung, Verwaltung, Medien) zur Vor- und Nacharbeit sowie zu Schichtdiensten.

Das Gast- und Hotelgewerbe lebt sogar von der Freizeit. Überstunden und Mehrarbeit finden bei Selbständigen sowie bei Terminarbeiten statt. Schließlich steigen die Do-it-yourself-Umsätze in Baumärkten. Entsprechende Aufholeffekte reduzieren den rechnerischen Feiertageffekt teils erheblich. Eine zeitliche Parallele mit den Schulfreien führt zur vermehrten Inanspruchnahme von Brückentagen oder Kurzarläufen – alle allerdings als Gegenposten im laufenden Jahr als Urlaubstage entfallen. Ein gesetzlicher Reformationstag wäre bezahlbar.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Ein Jahresanfang ohne Energiesteuererhöhung

Neusprech der Abzocker

Von Jörg Fischer

Wenn gewiefte Politiker die schon länger hier Lebenden noch mehr abzocken wollen, um die neu Dazugekommenen rundumzuvorsorgen, vermeiden sie tunlichst, von Steuererhöhungen zu sprechen. Allenfalls altlinke Träumer faseln noch von Reichensteuer und Vermögensabgabe – alle anderen wissen auch ohne Panama- oder Paradise-Papere: Kapital ist scheu wie ein Reh. Wird ein Abzockvorhaben dagegen anders genannt, mit der Rettung des Weltklimas begründet und dazu mit einer Prise Sozialneid gewürzt, ist medialer Beifall garantiert. Paradebeispiel ist die 2011 eingeführte Luftverkehrsabgabe: acht Euro für Tickets nach Mallorca oder Istanbul, aber 25 bis 45 Euro für jene, die nach Bangkok oder in die Karibik fliegen wollen. Warum? Der Fiskus mußte Einnahmeausfälle kompensieren, die die 2010 von CSU und FDP durchgesetzte Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf sieben Prozent verursacht hatte. Um künftig beim Auto mehr abzu-

kassieren, wird vor Fahrverboten und Stickoxiden gewarnt – und ein „Dieselsteuerprivileg“ erfunden: Nicht der Liter Benzin ist zu teuer (65,45 Cent Energiesteuer), sondern der Diesel zu „billig“ (47,04 Cent Aufschlag). Es gibt in diesem Jahr aber auch gute Nachrichten: Das „Heizölprivileg“ (13 Cent pro Kilo) harrt noch seiner Entdeckung. Und die Energiesteuer für Autogas (LPG) wird erst kommendes Jahr von 18,032 auf 22,606 Cent pro Kilo „angepaßt“. 2023 sollen es dann aber bereits 40,9 Cent sein. Warum? Preiswerte LPG-Autos werden von Dacia, Ford, Hyundai und Opel sowie den Graumimporteuren von US-Pickups und Riesen-SUVs angeboten. Erdgas für Autos (CNG/1,39 Cent pro Kilowattstunde) bleibt bis 2023 „privilegiert“, erst 2027 werden 3,18 Cent fällig. Warum? CNG-Tankstellen sind zwar rar, aber Erdgas ist ein Steckenpferd des Dieselgate-geplagten VW-Konzerns: Eine halbe Million CNG-Autos sollen bis 2025 in den deutschen Markt gepreßt werden.

Das liebste Kind des Fiskus

50 Jahre Umsatzsteuer: Ein heißes Eisen, um das deutsche Politiker lieber einen Bogen machen / Sie sorgt für ein Drittel des Gesamtsteueraufkommens der öffentlichen Haushalte in Deutschland

MICHAEL WIESBERG

Ein halbes Jahrhundert ist es her, daß in der damaligen Bundesrepublik das „Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer)“ in Kraft trat. Ein prinzipielles Novum war diese indirekte Besteuerung nicht. Bereits 1918 verordnete „Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser“ im Namen des Reichs und „nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags“ eine „Allgemeine Steuer auf Lieferungen und sonstige Leistungen“. Federführend ausgearbeitet wurde das erste Umsatzsteuergesetz (RGBl. Nr. 95/1918) im Reichsschatzamt von dem Leipziger Juristen Johannes Popitz, der später Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hochschullehrer und preußischer Finanzminister wurde, aber schließlich – als einer der Mitverschwörer des 20. Juli – am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. Angesichts des exorbitanten Finanzbedarfs im Ersten Weltkrieg schien die Umsatzsteuer ein probates Mittel zu sein, zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand zu bekommen. Die „Geburt

eines Goldesels“, wie das Handelsblatt diese Steuer charakterisierte, führte rasch jedoch zu weiteren Begehlichkeiten. Bei den anfangs 0,5 Prozent blieb es nicht: 1935 waren es schon zwei Prozent, 1946 drei und 1951 dann vier Prozent. Geräuschlos ging 1968 die Einführung der zehnprozentigen Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug (wie sie im Steuerrecht heißt) nicht vonstatten. Wirtschaftsvertreter hielten die Einführung für überstürzt, nachdem sich bereits mehrere Vorgängerkabinetts der damaligen Großen Koalition mit einer Mehrwertsteuerreform abgemüht hatten. Zu Beginn der Einführung waren in der Tat beileibe nicht alle Fragen geklärt; nur ein Teil der Durchführungsverordnungen war spruchreif, wichtige Erlasse befanden sich in der Warteschleife. Vor fünfzig Jahren ging es nicht nur darum, mehr Geld für den Fiskus zu generieren. Ziel war auch, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mittels einer Umstellung des Steuersystems eine Angleichung zu erzielen. Die – im Gegensatz zur Erbschaftsteuer oder dem Solidaritätszuschlag – von Arm und Reich zu zahlende Mehrwertsteuer entwickelte sich zur wichtigsten Einnahmequelle und umfaßt mittlerweile fast ein

Drittel des Gesamtsteueraufkommens der öffentlichen Haushalte in Deutschland – oder wie es der Bundesfinanzhof treffend formulierte: „Die meisten Verkehrssteuern einschließlich der Umsatzsteuer haben keinen tieferen Sinn als den, dem Staat Geld zu bringen.“ Die SPD-FDP-Kabinette erhöhten genauso systematisch die Mehrwertsteuer (von zehn auf 13 Prozent) wie ihre schwarz-gelben Nachfolger (von 13 auf 16 Prozent). Die schamloseste Erhöhung erfolgte 2007: „Merkelsteuer, das wird teuer!“, so warnte die SPD im Wahlkampf 2005 vor der von der Union angekündigten zweiprozentigen Mehrwertsteuererhöhung. Als Angela Merkel und Peer Steinbrück (SPD) dann gemeinsam regierten, stieg der Steuersatz sogar von 16 auf 19 Prozent. Nur die von Günther Oettinger (CDU) angeregte Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes zur Deckung „des lebensnotwendigen Bedarfs“ (etwa für Nahrung oder Bücher) von sieben auf neun Prozent unterblieb.

Streit um soziale Ausnahmeregelungen

Zur Kasse gebeten wird nur der Endverbraucher. Jeder Unternehmer muß zwar für seine Umsätze Mehrwertsteuer entrichten, aber das ist in der Regel ein „durchlaufender Posten“: Ein Schneider kauft für 500 Euro Stoff und macht daraus einen Anzug, den er für 1.500 verkauft. Die 285 Euro Mehrwertsteuer, die er dabei von seinem Kunden bekommt, steht dem Finanzamt zu. Davon kann der Schneider aber 95 Euro „Vorsteuer“ für den Stoff abziehen. Der Bürger hat allerdings niemanden mehr, auf den er die Steuer abwälzen kann.

Während es in den eher marktwirtschaftlich orientierten USA nur eine von den Bundesstaaten festgelegte moderate Sales Tax – von null Prozent in Delaware, Montana, New Hampshire und Oregon bis 7,25 Prozent in Kalifornien – sowie allenfalls lokale Zuschläge gibt, langen die europäischen „Sozialstaaten“ kräftig hin: Inzwischen beträgt der Mindestsatz der allgemeinen Mehrwertsteuer in der EU 15 Prozent. Das überrascht, weil die Mehrwertsteuer Einkommensschwache prozentual deutlich mehr belastet. Nach

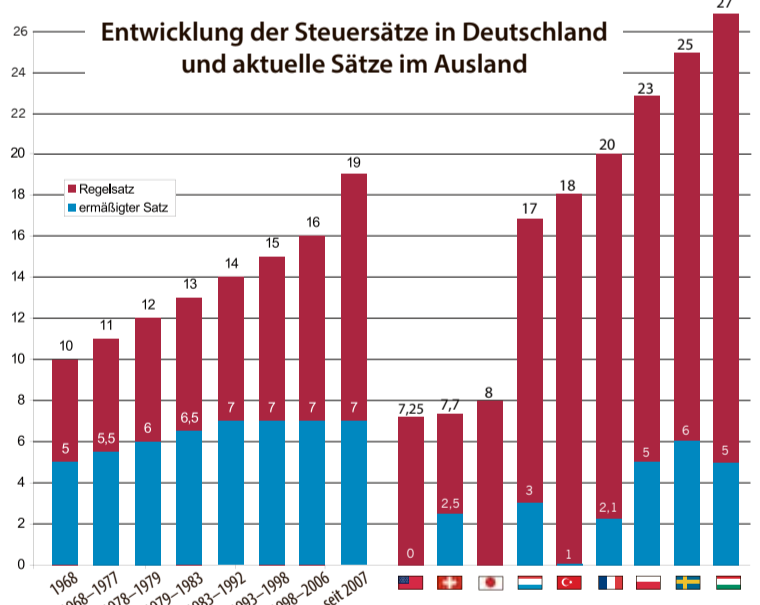
Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) würden die unteren zwei Drittel der Bevölkerung bei einer Mehrwertsteuersenkung besser gestellt, als es bei einer Verringerung der Einkommensteuer der Fall wäre. Würde der ermäßigte Mehrwertsteuersatz nur für Nahrungsmittel und den Nahverkehr um zwei Punkte auf fünf Prozent gesenkt, hätten Privathaushalte laut DIW 3,8 Milliarden Euro mehr in der Tasche. Die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent hat zwischen 2007 und 2016 zu Mehreinnahmen der öffentlichen Hand von 275 Milliarden Euro geführt – das mußte die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei (IvA6 Vw7204/17/10001) vor einem Jahr zugeben. Daher wollen die meisten Politiker nicht auf ihr liebste Kind verzichten. Nur die AfD will die Mehrwertsteuer auf zwölf Prozent senken. Die Grünen versprechen im Wahlkampf, die Steuer „um ein bis zwei Prozentpunkte“ senken zu wollen. Aber dafür wollten sie „unsinnige Ausnahmen“ streichen – sprich: ihnen nicht genehme Waren und Dienstleistungen statt mit sieben mit 17 bis 18 Prozent belasten.

Das erinnert an eine seit 2010 propagierte Idee der arbeitgeberfinanzierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM): „16 Prozent auf alles.“ Die Begründung klingt gut: „Warum werden Windeln, Spielzeug und Kleidung für Kinder mit 19 Prozent besteuert? Und warum erhalten Hundefutter, Garnelle und Schnittblumen eine Steuerermäßigung?“, argumentiert INSM-„Botschafter“ Rolf Peffekoven.

Daß damit alle Nahrungsmittel und Bücher mit 16 Prozent besteuert würden, ist das eine. Daß es zu Mehreinnahmen von zwei Milliarden Euro kommen würde, das andere. Damit ließen sich „Transferzahlungen an Bedürftige“ organisieren, entgegen dem langjährigen Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums. Da aber selbst in Luxemburg die Mehrwertsteuer inzwischen auf 17 Prozent geklettert ist, ist die INSM-Idee nur eine Finte, dem Normalbürger noch mehr abzupressen.

Einnahmen des Bundeshaushalts 2012–2017: www.bundeshaushalt-info.de

Mehrwertsteuer im In- und Ausland



Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
 Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: Kundennummer:

Vorname/Nachname:

Strasse/Postfach:

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
 JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Markus Krall
Der Draghi-Crash
 Warum uns die entsetzliche Geldpolitik in die finanzielle Katastrophe führt

Die Finanzkrise verleitete eine überforderte Elite dazu, ihr Heil in Staatsplanung, Intervention und Bürokratie zu suchen. Durch die Eurorettung ist die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zur Staatsfinanzierung degeneriert. Es zeichnet sich eine monetäre Katastrophe ab.
 208 S., geb.

Best.-Nr.: 93592 EUR 17,99

Andreas Marquart, Philipp Bagus, Roland Tichy
Wir schaffen das – alleine!
 Warum kleine Staaten einfach besser sind

„Nur die Vereinigten Staaten von Europa werden im Wettbewerb mit Asien und Amerika bestehen können.“ Dieses EU-Dogma wird von den beiden Bestsellerautoren gründlich auseinandergenommen. Tatsächlich gedeihen in Staatsmolochen nämlich Bevormundung, Korruption und Verschwendung.
 160 S., geb.

Best.-Nr.: 93381 EUR 14,90

Burkhard Voß
Albtraum Grenzlosigkeit
 Vom Urknall bis zur Flüchtlingskrise

Dass wir Grenzen brauchen, nicht erst seit der Flüchtlingskrise, ist eine Banalität. Dieses Buch diagnostiziert eine immer weiter um sich greifende Unkultur der Entgrenzung um jeden Preis. Gegen die selbstzerstörerischen Tendenzen dieser Ideologie setzt Voß die Forderung nach klaren Trennungen, Identifizierungen und Identitäten in einer zunehmend wertrelativistischen, orientierungslosen Zeit.
 160 S., Pb.

Best.-Nr.: 93627 EUR 16,80

Rolf Peter Siefeler
Das Migrationsproblem
 Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung

Wohlstand für alle, Grenzen für niemand. Der Sozialstaat läßt sich aber nicht ins Unendliche expandieren. Seine Unvereinbarkeit mit der Masseneinwanderung verdeutlicht der 2016 durch Freitag aus dem Leben geschiedene Historiker Rolf Peter Siefeler in seiner letzten Studie.
 136 S., Pb.

Best.-Nr.: 93364 EUR 16,00

Thorsten Schulte
Kontrollverlust
 Wer uns bedroht und wie wir uns schützen

Die Bundesregierung verstößt gegen Recht und Gesetz, die Brüsseler Technokraten reißen immer mehr Macht an sich; Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sind in Gefahr! Es liegt an uns allen, unsere Meinungsvielfalt, Privatphäre, Rechtsstaatlichkeit und unser Bargeld zu bewahren.
 288 S., geb.

Best.-Nr.: 93521 EUR 19,95

Nicolaus Heinen
Alles auf Anfang
 Warum der Euro scheitert – und wie ein Neustart gelingt

Der Euro wird scheitern; groß sind die Spannungen in Wirtschaft, Politik und Finanzsystem. Es wäre jedoch falsch, zu nationalen Währungen zurückzukehren. Die Autoren plädieren für einen neuen Euro, währungsrechtliche Zurückhaltung, Glaubwürdigkeit und kluge Bankregulierung.
 235 S., geb.

Best.-Nr.: 93700 EUR 24,95

Bruno Bandulet
Beuteland
 Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945

Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und der Masseneinwanderung, und wie verkam der Euro zum Enteignungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die „Verschwörung der Eliten“!
 333 S., geb.

Best.-Nr.: 93140 EUR 19,95